

Rückenwind für die Energiewende

Unser Land Baden-Württemberg liegt vorne bei der Atomkraft und beim Ausbau von Fotovoltaik- und Wasserkraftstrom, aber ganz hinten in der Tabelle bei der Erzeugung regenerativer Energie durch die Windenergie. Gerade mal 0,8 Prozent des Stroms werden über die Windkraft gewonnen und das, obwohl die Windenergie bereits deutlich unter dem Strompreis erzeugt werden kann.

Zum Vergleich: Im kleineren Rheinland-Pfalz wird bereits 8,6 Prozent der Energie über Windräder gewonnen. Klar ist – nicht jedem gefallen die Windräder und nicht überall; wer will aber ein Atomkraftwerk auf Dauer in Neckarwestheim oder gar den gefährlichen Atommüll vor seiner Haustüre haben?

Um die Atomenergie zu ersetzen, müssen wir Energie einsparen, Energie effizienter nutzen und den Anteil regenerativer Energien erhöhen. Von 20 auf 38 Prozent hat die neue Regierung die Ziele für den Ausbau der erneuerbaren Energie bis zum Jahr 2020 erhöht.

Ohne die Windkraft wird weder die grün-rote Landesregierung noch die schwarz-gelbe Bundesregierung die Ausbauziele für die regenerativen Energien erreichen.

Bereits im Koalitionsvertrag der neuen

Landesregierung ist das Ziel formuliert, bis zum Jahr 2020 mindestens 10 Prozent der Energie aus Windkraftanlagen zu gewinnen. Ich freue mich, dass nach der jahrzehntelangen Blockade des Ausbaus der Windenergie auch die CDU im Ländle einen Kurswechsel eingeleitet hat. Auch FDP und CDU befürworten jetzt einen Anteil von 10

Prozent Windenergie bis 2020 – wobei die CDU die Hälfte davon außerhalb unseres Bundeslandes durch Windanlagen im Meer gewinnen will. Wir werden auch sogenannte Offshorewindkraftanlagen brauchen, auch wenn die Anlagen dort noch teuer sind und den Verbraucher stärker belasten.

Je mehr Energie wir aber im eigenen Bundesland produzieren, desto weniger müssen wir ausgeben für Stromstraßen von Nord nach Süd und desto mehr Arbeitsplätze wird es in unserem Bundes-

land für die Betreuung und Instandhaltung der Anlagen vor Ort geben. Auch Bayern will die Windkraft innerhalb des eigenen Landes bis 2020 auf 10 Prozent ausbauen.



... der
SPD-Landtags-
abgeordnete
Gernot Gruber

Am 12. April formulierte die konservative Frankfurter Allgemeine Zeitung: „99 Prozent der Landesflächen waren Ausschlussgebiete, also tabu für Windräder. Da-

mit kam man nicht weit. Die hohen Restriktionen räumte die Landesregierung nun aus dem Weg.“

Tatsächlich verabschiedete der Landtag mit der grün-roten Regierungsmehrheit am 9. Mai dieses Jahres das neue Landesplanungsgesetz für die Windenergie. Die Regionalverbände können weiterhin Vorranggebiete benennen, aber keine Ausschlussgebiete mehr für Windräder.

Die Kommunen erhalten die Möglichkeit zur Mitgestaltung – sie können

künftig geeignete Flächen für die Windkraftnutzung ausweisen. Mehrere Bürgermeister hatten an mich die Bitte gerichtet, die Frist zur Änderung der kommunalen Planungen deutlich zu verlängern. Den Bitten ist die Landesregierung mit einer Verlängerung der Frist um vier Monate bis Ende des Jahres entgegengekommen.

Wichtig ist auch, dass die Spitzen der Naturschutzverbände den Ausbau der Windenergie grundsätzlich mittragen.

Andre Baumann, der Vorsitzende des Naturschutzbundes (Nabu), hat bei der Anhörung zum Landesplanungsgesetz ausgeführt, dass auch der Ausbau der regenerativen Energien seinen Preis habe – der ökologische Rucksack sei beim Ausbau der Windenergie aber besser als bei der Bioenergie oder der Wasserkraft. Der Greifvogel Roter Milan zum Beispiel sei etwa durch eine zu hohe Konzentration von Maisäckern viel stärker bedroht als durch die Windkraft. Im Umfeld von Windrädern sei meist die Artenvielfalt am Boden besser, der Rote Milan finde hier mehr Nahrung und werde deshalb von Windanlagen angezogen.